

## Die Hamburg-Wahl vom 29. Februar 2004 – ein bundespolitisches Signal?

*Hans-Hermann Hartwich*

Die CDU hat in der Bürgerschaftswahl, einer Landtagswahl, ihren Stimmenanteil um 21% steigern können und damit in einer traditionellen SPD-„Hochburg“ die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze erreicht. Einen solchen Stimmenzuwachs in einer Landtagswahl hatte es im Nachkriegsdeutschland noch nicht gegeben. Für die Parteiführungen in Berlin, befangen im Ritual von Reformverteidigung und Regierungskritik, war der Wahlausgang trauriger Beweis für die negativen Auswirkungen einer als notwendig angesehenen Reformpolitik einerseits, das Ergebnis inkompetenten Handelns der rotgrünen Regierung und der erfolgreichen Opposition dagegen andererseits. Da im Jahre 2004 noch 13 Wahlen anstehen, neben diversen Kommunalwahlen die Europawahl und die Landtagswahl in Thüringen am 13.6.04 sowie weitere Landtagswahlen im Saarland (5.9.), Sachsen und Brandenburg (19.9.), stellt sich natürlich die Frage, ob die genannte pauschale Interpretation richtig ist, ob die Hamburg-Wahl neue Erkenntnisse erbrachte und ob in ihr bereits der Tenor für alle anderen Wahlen vorgegeben wurde.

### 1. Das Wahlergebnis in Hamburg vom 29. Februar 2004

(z. Vergl. die Wahlergebnisse der Bürgerschaftswahl 2001 und der Bundestagswahl 2002).

	Bürgerschaftswahl 29.2.2004		Bürgerschaftswahl 23.9.2001		Bundestagswahl 22.9.2002	
Wahlberechtigte		1.214965		1.207485		1.221783
Wahlbeteiligung	68,7%	834680	71%	857868	79,6%	972418
Gültige Stimmen		823553		850668		963438
SPD	30,5%	251397	36,5%	310362	42,0%	404738
CDU	47,2%	388660	26,2%	223015	28,1%	270318
PaROffensive m.Schill			19,4%	165421	–	–
PaROffensive o.Schill	0,4%	3041	–	–	–	–
ProDM/Schill	3,1%	25732	–	–	–	–
GAL/Grüne	12,3%	101230	8,6%	72771	16,2%	156010
FDP	2,8%	23408	5,1%	43214	6,8%	65574

Die Wahlbeteiligung wurde zunächst als sehr hoch angegeben, lag am Ende jedoch bei nur 68,7% und damit unter der von 2001 mit 71,4%.

## 2. Hintergründe

Es handelte sich um vorgezogene Wahl. Sie waren erforderlich geworden, nachdem der Erste Bürgermeister Ole von Beust die 2001 geschlossene Koalition aufgekündigt hatte. Bei dieser Wahl war wie traditionell in Hamburg gegeben, die SPD wieder stärkste Partei geworden. Wegen des Einbruchs bei der GAL, die Hamburger Partei von Bündnis90/ Die Grünen, war jedoch keine rot-grüne Koalition mehr möglich. Von besonderer Bedeutung war in dieser Wahl das Auftreten und das Abschneiden der „Partei Rechtsstaatliche Offensive/Schill“, die sich vehement und radikal der vernachlässigten Politik der Inneren Sicherheit und der Kriminalität in der Stadt angenommen hatte. Sie errang mit dieser Thematik auf Anhieb 19,4% der Stimmen.

In dieser Situation riskierte der CDU-Bürgermeisterkandidat Ole von Beust, dessen Partei ebenfalls verloren hatte (von rd. 30 auf 26,2%), eine Koalition mit der Partei des ehemaligen Richters („Richter Gnadenlos“) Roland Schill sowie mit der kleinen Fraktion der FDP. Schill wurde Innensenator und 2. Bürgermeister. Er gefährdete alsbald die Koalition durch persönliche Unbeherrschtheit und politischen Radikalismus. Im Frühsommer 2003 entließ Bürgermeister Ole von Beust den Innensenator fristlos, weil dieser versucht habe, ihn zu erpressen. Die Koalition blieb bestehen, aber Schill-Anhänger spalteten sich von der Koalitionsfraktion ab. Wegen dieser Vorgänge kündigte der Bürgermeister im Dezember 2003 von sich aus die Koalition auf und ersuchte um Neuwahlen. So gab es bei der Februarwahl 2004 schließlich zwei Schill-Parteien: die Partei Rechtsstaatliche Offensive ohne Schill und eine neue mit Schill, der sich der schon bestehenden Partei ProDM angeschlossen hatte.

## 3. Die Sitzverteilung (121 Sitze) in der Hamburger Bürgerschaft/Landesparlament vor und nach der Wahl

Nach der Wahl von 2001:

GAL 11 – SPD 46 – CDU 33 – FDP 6 – PRO/Schill 25 – Koalition: 64 Abgeordnete

Nach der Wahl von 2004:

GAL 17 – SPD 41 – CDU 63 (absolute Mehrheit)

Die Besonderheit des Stadtstaates, der auf einer Einheit von Staat und Gemeinde beruht, also staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht trennt, sind unterhalb von Bürgerschaft (Parlament) und Senat (Landesregierung) die 7 Bezirke (Verwaltungseinheiten), in denen durch die Wahlen auch die Zusammensetzung der „Bezirksversammlungen“ festgelegt wird. Diese Versammlungen wählen ihre Amtsleiter (die der Bestätigung durch den Senat bedürfen) und regeln nach parlamentarischen Mehrheiten ihre Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Die für die CDU so erfolgreiche Wahl hat diese nun zur stärksten Partei in allen Bezirken gemacht. In vier Bezirken sind jedoch trotzdem rot-grüne Mehrheiten möglich. Hier stehen den 19 Sitzen der CDU jeweils 22 aus SPD (12-14) und GAL (10 bis 8) gegenüber. Während die FDP völlig ausgeschieden ist, gibt es in einem Bezirk (Harburg) noch zwei gewählte Abgeordnete der neuen Schillpartei. Auch wenn die politische Selbständigkeit der Bezirke nicht überschätzt werden darf (die Bezirke unterstehen formal dem Justizsenator, die gewählten Amtsleiter werden von diesem ernannt, es gibt

z.B. ein Revokationsrecht des Senats), so zeigt dies doch, dass auch eine politische „Erdrutsch-Wahl“ das Gemeinwesen nicht vollends durchdringt.

#### 4. Das Wahlergebnis im Spiegel der Interpretationen

Der Einfluss der Bundespolitik wurde bereits angedeutet. Die Folgen konkreter Reformmaßnahmen in der Gesundheits- und Rentenpolitik haben zweifellos eine Rolle gespielt und der SPD geschadet. Es sieht allerdings so aus, als sei dies eher ein zusätzlicher Faktor neben anderen, gewichtigeren.

Sehr konkret weist die Wanderungsanalyse des Psephos-Instituts (Hamburger Abendblatt v. 2.3.04) nach, dass die CDU rund die Hälfte der Schill-Wähler des Jahres 2001 für sich gewinnen konnte. Diese Wähler waren als Protestwähler bei den Wahlen von 2001 aus verschiedenen Parteien, nicht zuletzt der SPD, und aus der Nicht-Wählergruppe gekommen. 35000 Wähler wechselten von der SPD und 13000 von der FDP zur CDU. Ersteres kann als Auswirkung der Berliner Sparpolitik ebenso gedeutet werden wie der Umstand, dass die CDU bei den Sozialhilfeempfängern und in den einkommensschwachen Stadtteilen jetzt vor der SPD liegt. Bei den Arbeitern erreichte die CDU mit 46% ein plus von 24%, bei den über 60-jährigen Männern mit 58% einen Zuwachs von 28 Prozentpunkten. Kaum Bewegung gab es von der GAL, den Grünen, zur CDU. Diese blieb weitgehend frei von jedweder „Abstrafung“. Sie legte sogar bei den jüngeren Jahrgängen zu. So ist es denn auch zu erklären, dass insgesamt betrachtet das rotgrüne Lager in Hamburg einen Stimmenanteil von 43,8 erreichte. Das ist weit mehr als die 39%, die bundesweite Umfragen zur Zeit für dieses Lager ermittelten.

Dieser Umstand deutet an, dass es in der Großstadt Hamburg nach wie vor ein beträchtliches strukturelles Gewicht dieses Lagers gibt und dass die Hoffnungen des unterlegenen Kandidaten Thomas Mirow (SPD) vor der Wahl auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU nicht ganz aus der Luft gegriffen waren.

Die Frage: Sachkompetenz oder persönliche Ausstrahlung personifizierte sich in den beiden Bürgermeisterkandidaten Thomas Mirow, einem kenntnisreiche Wirtschaftsfachmann ohne Ausstrahlung und dem Bürgermeister mit Amtsbonus, Ole von Beust, der ganz auf seine von der Presse in Hamburg hervorgehobene Eigenschaften wie „Führungsstärke“, „Sympathie“, „Bürgernähe“, „glaubwürdiger“, „tatkraftiger“, setzte (Forschungsgruppe Wahlen, in Süddeutsche Zeitung vom 2.3.04). Drei Viertel der Bürger waren mit der Arbeit des Bürgermeisters von Beust zufrieden. Die Regierungsarbeit des Senats aus CDU, Schill-Partei und FDP wurde allerdings negativ beurteilt! Diese Bewertung schadete allerdings nur den kleineren Koalitionsparteien: Die FDP hatte mit ihrem Senator, einem ehemaligen Admiral, in der Schulpolitik desaströs versagt; die Schill-Partei hatte sich mit dem Verhalten ihres Gründers selbst demontiert.

Der amtierende Bürgermeister Ole von Beust trat mithin als eine Art „Lichtgestalt“ hervor. Er wurde eindeutig und für jedermann erkennbar von den in Hamburg dominierenden Tageszeitungen des Springer-Verlages unterstützt, dem Hamburger Abendblatt, der WELT und der Bild-Zeitung. Eher auf der Gegenseite stand die Hamburger Morgenpost. Nun bot allerdings in der Tat die Erscheinung von Beust, sein Herkommen und sein eher bescheidenes Auftreten alle Eigenschaften eines in die hanseatische Tradition passenden Regierungschefs. Hinzu kam, dass er sich vor persönlich und politisch riskanten Handlungen nicht gescheut hatte. Er hatte zwar für den Bruch mit der SPD-Tradition in Hamburg die 19% der Schillpartei benötigt, aber er hatte ebenso konsequent

Schill den Stuhl vor die Tür gesetzt, als dieser kein Maß mehr erkennen ließ. Sodann hatte er behutsam die Koalition ohne Schill fortgesetzt. Als dieser jedoch begann, die Regierungsfraktion seiner Partei zu spalten und damit den Gesamtsenat zu gefährden, hatte er entschlossen, und nicht ohne Risiko, die Koalition aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Nun ganz auf sich setzend. Er hatte erkennbar „Führungsstärke“ bewiesen. Zusammen mit den genannten Eigenschaften war so auch ohne die Hilfe der Medien ein außerordentlich positives Bild entstanden. Das Risiko lag in der traditionellen Wählerstruktur Hamburgs, die bislang stets letztlich SPD und die GAL bevorzugt hatte.

„In der Politik ist alles Strategie, was Erfolg hat, und ein Strategie ist nur der Erfolgreiche“ schrieb Volker Zastrow in der FAZ vom 2. März 2004. „Beust hat kein Wunder gewirkt, sondern ein politisches Meisterstück geschaffen.“ Die absolute Mehrheit für die CDU in Hamburg habe vor der Wahl noch so undenkbar geschehen wie seit Jahrzehnten. Die Folge sei, dass bei der Rede von den so genannten „Parteihochburgen“ in Zukunft Vorsicht geboten sei.

Die aus bundespolitischer Sicht erwarteten Auswirkungen auf die Wahl in Hamburg, negativ für die SPD, positiv für die CDU, sind also erkennbar. Sie erscheinen jedoch nicht als durchschlagend. Die Wahl war eher „hamburg-spezifisch“. Sie brachte allerdings einige neue Erkenntnisse, die in den folgenden Wahlen Aufmerksamkeit und Beachtung finden werden.

Das eine ist die Herausstellung einer Führungspersönlichkeit in einem Wahlkampf. Bevorzugen möglicherweise heute breite Wählerschichten die Zuspitzung ihrer Wahl auf Persönlichkeiten? Sind sie heute kaum noch für zumeist komplizierte Sachthemen zu interessieren? Wie muss eine erfolgreiche „Führungspersönlichkeit“ beschaffen sein, wie muss sie präsentiert werden? Eilfertig verkündete die schleswig-holsteinische SPD nach der Wahl in Hamburg, sie wolle im nächsten Jahr bei der Landtagswahl das „Ole-Modell“ kopieren und den Wahlkampf ganz auf „die charismatische Ministerpräsidentin“ Heide Simonis abstellen (Hamburger Abendblatt vom 2.3.04). Für Sachsen wird ebenfalls erwogen, den Wahlkampf auf Ministerpräsident Milbradt zu konzentrieren. Thüringens Ministerpräsident Althoff will klare Konzepte mit klaren Köpfen bei seiner Landtagswahl am 13. Juni anbieten (beides FAZ v. 2.3.04: „Mahnung, Warnung, Vorbild“).

Inwieweit in Flächenstaaten ohne die hamburger strukturelle „Verdichtung“ auf einen traditionellen sozialdemokratisch-grünen Kern die Folgen der gesundheits- und rentenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung stärker negativ zu Buche schlagen ist offen, aber wahrscheinlich. Zudem müsste sicher auch der Umstand Beachtung finden, dass Hamburg im Durchschnitt relativ wohlhabende Bevölkerungsschichten hat. Möglicherweise kann aber tatsächlich ein attraktiver Kandidat einen Großteil sachlich-inhaltlicher Defizite seiner Partei überspielen, vor allem, wenn er die Unterstützung der in der Region oder im Land dominierenden Zeitungen besitzt. „Unschärfe Programmatik war eine Stärke von Beusts“ (Süddeutsche Zeitung vom 2.3.04) Übrigens, „Liberalität ohne ideologische Kosten“ als Markenzeichen kultureller Profilierung und moderner Liberalität in der Zuwanderungsfrage z.B. bescheinigt der Hamburg Politikwissenschaftler Joachim Raschke in der Süddeutschen Zeitung den Hamburger Strategen, was diese Zeitung zustimmend kommentiert (2.3.04). Vielleicht lohnt sich ja doch ein genaueres Studium des Hamburger Wahlkampfes für alle Wahlkämpfer dieses Jahres 2004.